

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Björn Engholm zum
Sturz des Tandems in
Mainz: Gut für Rhein-
land-Pfalz, gut für
Bonn.

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB
zur Notwendigkeit von
"Kampfgruppen" gegen
Hunger, Krankheit,
Umweltzerstörung und
Katastrophenfolgen:
Die Welt braucht die
'neue' UNO.

Seite 2

Dr. Uwe Jens MdB zum
80. Geburtstag Karl
Schillers: Ein Reprä-
sentant der aufgeklär-
ten Marktwirtschaft.

Seite 4

Dokumentation

Heinz Galinski zu den
bedrohlichen Entwick-
lungen des Rechtsex-
tremismus in Ost-
deutschland.

Seite 5

46. Jahrgang / 76

22. April 1991

Gut für Rheinland-Pfalz, gut für Bonn

Zum Sturz des Tandems in Mainz

Von Björn Engholm

Designierter SPD-Bundesvorsitzender

Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein

"So ein Tag, so wunderschön wie heute", sangen am Sonntagabend die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Rheinland-Pfalz. Es war eine Stimmung wie sonst nur im Karneval, mit einem Unterschied: Für uns war Rosenmontag, für die CDU und ihr Tandem Aschermittwoch.

Nach 44 Jahren haben Rudolf Scharping und die SPD den Wechsel auch in Rheinland-Pfalz geschafft: Nun ist Kurt Biedenkopf in Sachsen der dienstälteste CDU-Ministerpräsident.

Unser neuer Ministerpräsidenten-Kollege in Rheinland-Pfalz hat mit dem Erfolg vom Wochenende die Früchte einer jahrelangen, geduldi- gen, verlässlichen und zukunftsorientierten Arbeit geerntet. Die SPD hat es mit ihm geschafft, weit in die Bereiche des Handwerks, der Winzer und Bauern, der kleineren und größeren Unternehmer hinein Vertrauen zu gewinnen und in Stimmen umzusetzen.

Der Erfolg dieser Landtagswahlen ist auch von großer Bedeutung für die SPD in Hamburg, wo am 2. Juni Henning Voscherau und sein er- folgreicher Senat zur Wiederwahl anstehen.

Gut für Rheinland-Pfalz, gut auch für Bonn: So lautet, kurz gesagt, die Bilanz des gestrigen Tages. Die Wählerinnen und Wähler haben eine bessere Politik für ihr Land gewählt und mit der Ablösung der amtie- renden CDU/FDP-Koalition in Rheinland-Pfalz im Bundesrat ein Ge- gengewicht geschaffen zur unsozialen Politik der Bundesregierung unter ihrem Kanzler Helmut Kohl.

Mit der neuen sozialdemokratischen Mehrheit im Bundesrat kann die Abschaffung der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer - die Steuergeschenke Kohls, Lambsdorffs und Waigels für die Millionäre - verhindert werden. Eine Fortsetzung dieser Linie darf es nicht geben.

Ich hoffe sehr, daß der massive Vertrauensverlust in die Politik der CDU die Einsicht fördert, daß ein breiter Konsens erreicht werden muß, um aus dem ehemals geteilten ein modernes, soziales und zukunftsorien- tiertes Deutschland zu schaffen. Die SPD hat den Weg dazu erneut gewiesen.

(/22.4.1991/rs/fü)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Kommunikation
im modernen Zeitalter
Kommunikation



Die Welt braucht die "neue" UNO

Zur Notwendigkeit von "Kampfgruppen" gegen Hunger, Krankheit, Umwelterstörung und Katastrophenfolgen

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der Landesgruppe der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten

Die SPD darf dem Druck zur Änderung des Grundgesetzes nicht nachgeben. Denn die vielbeschworene "neue Weltordnung" braucht eine "neue UNO", deren "Kampfgruppen" gegen Hunger und Krankheit, gegen Umwelterstörung und Katastrophen ankämpfen. Doch dafür braucht es keine Grundgesetz-Änderung. Das vereinte Deutschland kann die neue UNO prägen - mit einem neuen Markenzeichen: der Fähigkeit und dem Willen, Frieden zu schaffen durch Gerechtigkeit und ohne Waffen.

Eine "neue UNO" ist seit dem Ende der direkten Konfrontation der Supermächte in vieler Munde. Endlich sei die UNO nicht mehr blockiert; endlich könne sie die Weltsicherheit gewährleisten, meinten nicht wenige. Der Golfkrieg und die sich anschließende Tragödie des kurdischen Volkes belehren uns grausam, daß es anders ist. Alles Gerede von einer neuen Weltordnung und alle Siegesfeiern über Saddam Hussein haben den hungemden, frierenden, gräßlich sterbenden Kurden nicht helfen können. Die UNO hat sich erneut als handlungsunfähig erwiesen. Die Veto-Mächte UdSSR und China blockierten einen rechtzeitigen und beherzten Einsatz gegen den Völkermord. Aber auch die westlichen Staaten wurden erst aktiv, als eine empörte öffentliche Meinung verlangte, dem Völkermord nicht länger unter Berufung auf die Souveränität der Staaten in inneren Angelegenheiten zuzusehen.

Wir stehen vor der ermüchtenden Erkenntnis: die UNO ist noch nicht "neu", sie ist die alte. Nur die Interessenkonstellationen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben sich etwas geändert. Die Schreie und Klagen der Verzweifelten erreichen eine zynische und kalte Diplomatie immer noch nicht. Gäbe es nicht die Bilder und die Reaktionen der Mitmenschen: die Kurden wären vollends verloren gewesen - erst aufgestachelt zum Widerstand, dann im Stich gelassen, so wie es immer war. Die "neue Weltordnung" ist vorerst nichts anderes als eine Propaganda-Phase.

Dies alles heißt es im Bewußtsein zu haben, wenn über die Rolle des vereinten Deutschland in der UNO diskutiert und entschieden wird. Das gilt vor allem für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die wir seit dem Godesberger Programm fordern, die UNO müsse zu einem Instrument gewaltfreier Weltpolitik werden. Davon sind wir weit entfernt. Das gilt für die militärische Gewalt genauso wie für die strukturelle Gewalt ungerechter Handels- und Finanzbeziehungen. Die UNO, ihre Charta, ihre Politik - das heißt die Politik der Staaten, die unter der Firma der UNO entscheiden oder nicht entscheiden, handeln oder nicht handeln - muß auf den Prüfstand der internationalen Diskussion. Sie muß grundlegend verändert werden.

Diese Veränderung ist nicht in Aussicht. Aber die Politik des vereinten Deutschland kann mit ihrem vor allem wirtschaftlichen Gewicht dazu beitragen, daß die Dinge in Bewegung kommen. Die Tatsache, daß wir Mitglied der Vereinten Nationen sind, heißt nicht, daß wir alles automatisch mitmachen müssen, was die jeweiligen Interessenkonstellationen beschließen. Ein Blick in die UNO-Charta lehrt, welche nationalen Spielräume vorhanden sind. Eine Übersicht der bisherigen Aktionen der UNO zeigt, daß andere, darunter auch die sehr bedeutenden Mächte, diese Optionen auch wahrgenommen haben.

Im Zentrum der Diskussion steht die Frage eines deutschen Militärbeitrages. Diese Diskussion verdrängt fast alle zivilen Themen. Selbst in der SPD wird nur noch pro und contra Blauhelme diskutiert. Das ist eine grobe Verzerrung der wirklichen Themen. Golfkrieg, Kurdentragödie, Umwelt-, Hunger- und Gesundheitskatastrophen müßten uns eigentlich die wirklichen Aufgaben nahebringen. So sehr die Golfkriegsmächte, die Saddam Hussein erlaubt haben, die Kurden zu vertreiben und abzuschlachten, jetzt aus vorhergegangenen Tun im Wege der Folgenbeseitigung verpflichtet sind, die Irregulierten und Preisgegebenen zu schützen, zu behausen, zu pflegen und zu ernähren, so sehr zeigt doch gerade der Golfkrieg mit seinen Folgen, daß der Krieg kein Mittel der Politik mehr sein kann, weil er die Probleme nicht löst und weil Millionen unschuldiger Opfer leiden und sterben, ja krepieren müssen, während "die Sieger" sich daheim mit Paraden und Fähnchen feiern lassen.

Viel mehr als Kampftruppen braucht die UNO Katastrophen-Eingreiftruppen, Hunger-Eingreiftruppen, Gesundheitsbrigaden und Umwelt-Eingreifreserven. Hier muß eine deutsche UNO-Politik ihre erste und vordringliche Aufgabe sehen.

Die Maßnahmen des Kapitel VII der UNO-Charta (Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen) kommen buchstäblich aus "der alten Zeit" nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie haben wenig bewirkt. Im Falle des Golfkrieges muß man sogar sagen: sie haben Schlimmes bewirkt. Das befreite Kuwait ist zerstört. Die brennenden Ölquellen bedrohen die ganze Region. Die Leiden unschuldiger Menschen sind unermesslich. Sie schreien buchstäblich zum Himmel. Die Kosten werden uns alle noch Jahrzehnte belasten und knappe Ressourcen verschlingen, die für vernünftige Maßnahmen fehlen. (Ein amerikanischer Abgeordneter hat mir kürzlich sogar noch erklärt, die USA hätten in Kuwait Freiheit und Demokratie (sic!) verteidigt.)

Gerade der Golfkrieg und seine Folgen lehren uns, daß vor allem "die friedliche Beilegung von Streitigkeiten" (Kapitel VI der UNO-Charta) gefragt sind, weil die gewaltsamen scheitern und in ihren Folgen unabhängig von persönlicher Schuldzuweisung für die Weltgemeinschaft unakzeptabel sind. (Fehlt dazu nur noch, daß Saddam Hussein im Exil als former statesman seine Memoiren verkaufen kann.)

Der Druck auf die SPD, einer Grundgesetzänderung zuzustimmen, um auch militärisch "dabei" sein zu können, wächst: von innen wie von außen, leider auch von Bruder- und Schwesterparteien. Es kommt darauf an, diesem Druck zu widerstehen. Nur so behalten wir die Hebel, auf Veränderungen in Charta und Politik der UNO Einfluß nehmen zu können, in der Hand. Nur so behalten wir auch die Ressourcen, unser Gewicht im nichtmilitärischen Bereich massiv zu verstärken.

Nur so bewahren wir uns auch innen- und europapolitisch vor dem Bruch des Dammes, den das Grundgesetz vor dem Einsatz der Bundeswehr aufgebaut hat. Es gibt sicher gerade im Hinblick auf den als Folge militärischer Gewalt notwendig gewordenen Schutz der Kurden viele Argumente für "Blauhelme", also für friedensbewahrende, schützende und nur zur Selbstverteidigung kämpfende Streitkräfte. Dafür sind aber aus vorangegangenen Tun diejenigen verantwortlich, die die Katastrophe zu verantworten haben.

Wir müssen unsere Mitverantwortung und unsere originäre Verantwortung dadurch realisieren, daß wir zivil und humanitär helfen, daß wir jeden Waffenexport aus dem eigenen Land bekämpfen und auch die anderen Staaten bitten, den schon wieder ausufernden Plänen für Rüstungsexporte mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Das vereinte Deutschland braucht keine Grundgesetzänderung zur "Schwertleite".

Das vereinte Deutschland, dessen Markenzeichen in der vergangenen Welt die Fähigkeit und der Wille zum Kriege war, braucht ein neues Markenzeichen: die Fähigkeit und den Willen, Frieden zu schaffen durch Gerechtigkeit und ohne Waffen. Dafür brauchen wir das Grundgesetz nicht ändern. Dafür dürfen wir das Grundgesetz nicht ändern.

(-/22.4.1991/rs/tü)

Ein Repräsentant der aufgeklärten Marktwirtschaft

Karl Schiller zum 80. Geburtstag

Von Dr. Uwe Jens MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Wirtschafts-Ausschuß des Deutschen Bundestages

Am 24. April wird Professor Karl Schiller 80 Jahre: Grund genug, den bekannten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitiker besonders zu würdigen. Seine Auftritte und Interviews sind zwar seltener geworden, aber - wenn es sie dann mal gibt - immer noch von bestechender Klarheit und außerordentlicher Sachkenntnis. So hat er im Februar dieses Jahres vor der ideologischen Wende der Bundesregierung öffentlich kritisiert, daß der Rechtsstaat in den neuen Bundesländern zu langsam aufgebaut wird, daß es an Personen, aber vor allem am Geld mangle für den Ausbau der Infrastruktur und der Verwaltung. Wichtig ist ihm ferner ein klares Fördergefälle für private Investitionen zugunsten der neuen Bundesländer. Schließlich geht es - wie er verdeutlicht - nicht an, die Waren im Westen Deutschlands zu produzieren, um sie im Osten zu konsumieren. Für ihn, den Mann der Konzentrierten Aktion, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß angesichts der gegebenen Herausforderung Gewerkschaften und Unternehmer an einen Tisch gehören, und es muß seiner Meinung nach auch verhindert werden, daß es zu Stilllegungen von Betrieben in Ostdeutschland kommt, die unter normalen Bedingungen nicht erforderlich wären. So plädiert er folgerichtig für ein großes Konjunkturprogramm für Ostdeutschland und wirft der Bundesregierung vor, daß sie das Pferd vom Schwanz aufzäumt, indem sie zwar die Steuern erhöht, aber wirksame Kürzungen im Verteidigungsbereich u.a.m. kaum vornimmt.

Karl Schiller war immer und bleibt wohl auch für die Zukunft eine unabhängige und selbständig denkende Persönlichkeit; er hat stets die Sache höher bewertet als Parteitaktik; er war herausragender Ökonom und Wissenschaftler mit großem Gespür für eine effektive Beeinflussung der Öffentlichkeit. Sein Name ist in der deutschen Wirtschaftsgeschichte unabänderlich verbunden mit der Fortentwicklung der naiven Marktwirtschaft a la Erhard zu einer aufgeklärten Marktwirtschaft. Er besaß die Eigenschaft, sein wohl durchdachtes wirtschaftspolitisches Konzept mit wenigen Begriffen zu umschreiben: Wettbewerb - Globalsteuerung - Wohlfahrtsstaat waren für ihn die wirtschaftspolitischen Eckwerte. Es war Karl Schiller, der 1969 die Konzentrierte Aktion einführte, wie sie vorher vom Sachverständigenrat unter Herbert Giersch angeregt worden war.

Von Schiller stammt der Begriff der "Sozialen Symmetrie", die für ihn bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen - so weit es geht - mitbeachtet werden sollte.

Für die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hatte er bereits 1953 auf dem Dortmunder Parteitag die wirtschaftliche Formel festgeschrieben, die jetzt noch im Berliner Programm von 1990 für Sozialdemokraten richtungweisend ist: "Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig" Umformuliert auf die aktuellen Verhältnisse in den neuen Bundesländern würde er heute wohl auch ausdrücken: "Privatunternehmen soweit wie möglich, staatliche Eingriffe dann, wenn nötig".

Mir ist kein Politiker bekannt, über den es noch immer in Bonn so viele Anekdoten gibt wie über Professor Karl Schiller. Sein ehemaliger Doktorand Hans Apel weist gerne darauf hin, daß er seine Doktorarbeit grundlegend überarbeiten mußte, weil die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Schiller nicht ausreichend berücksichtigt worden waren. Als der Jubilar in den 60er Jahren Rektor an der Hamburger Universität war, soll ein Student ihn simplifizierend mit "Herr Professor" angesprochen haben - worauf die Magnifizenz ihm antwortete, daß er dann ja gleich "Karl" zu ihm sagen könne. Als erster sozialdemokratischer Wirtschaftsminister ab Dezember 1966 in Bonn soll er beim Passieren der Rheinischen Olefin-Werke in Köln-Wesseling stets in Entzücken geraten sein; vor Freude klopfte er den Beifahrern auf die Schultern und philosophierte: dies seien noch Wachstumsindustrien!

Schiller hatte schließlich erheblichen Anteil daran, das Stabilitätsgesetz - von Ludwig Erhard 1965 vorgelegt - zu einem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz auszubauen. Wie er heute über die Novellierung dieses Gesetzes denkt, ist nicht bekannt. Nach unserer Auffassung müßte die Wirtschaftspolitik der Zukunft statt auf angemessenes Wachstum verstärkt und den "Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen" verpflichtet werden. Wichtig war jedoch ihm und ist uns auch in Zukunft bei allen Überlegungen zur Änderung wirtschaftspolitischer Gesetze, daß die Operationalität eines Gesetzes bewahrt bleibt. Ein Gesetz zu schaffen, das aufgrund unbestimmter Rechtsbegriffe oder widersprüchlicher Zielformulierungen nicht praktikabel ist, war ihm ein abschaulicher Gedanke. Uns Nachgeborenen wird dieser Gedanke auch in Zukunft Verpflichtung sein müssen.

(-/22.4.1991/rs/tü)

DOKUMENTATION

Heinz Galinski: Bedrohliche Entwicklungen in Ostdeutschland

Der Direktoriumsvorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat am Sonntag zum 48. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto und zum Jom Hascho'ah 1991 gesprochen. Wir veröffentlichen jene Passagen aus seiner Ansprache, die sich mit den rechtsextremistischen Aktivitäten in den neuen Bundesländern auseinandersetzen.

Mehr als besorgniserregende Ausmaße nehmen der Rechtsradikalismus, der Antisemitismus und die Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern an. Es vergeht kaum ein Tag ohne Meldungen über Vorfälle, deren Opfer friedfertige ausländische Bürger sind. Da wo friedfertige Bürger tätlich angegriffen werden und spätestens da muß festgestellt werden, daß die Angelegenheiten der Gesellschaft aus der Hand gegliitten sind, daß höchste Anstrengung notwendig ist, wenn die demokratischen Kräfte nicht die Kontrolle ganz verlieren sollen.

Woran liegt es, was ist die Ursache für diese bedrohlichen Entwicklungen? Nun, zweifellos wird man sie zurecht in den letzten nahezu 50 Jahren ohne Demokratie suchen dürfen. In dem Verdrängen während der Jahre des SED-Regimes, auch in der gegenwärtigen unübersichtlichen Krise. Aber trotz dieser objektiven Faktoren können auch die Elternhäuser nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden genausowenig wie die Pädagogen, wie alle anderen die es ver-

säumt haben, die persönlichen Nöte der heranwachsenden Jugendlichen in persönlicher Weise aufzufangen und damit den Prozeß erst ermöglichten, in dem die neugewonnene Freiheit gegen die Demokratie mißbraucht wird.

Es ist selbstverständlich, daß dort, wo es zu tätlichen Ausschreitungen gegen friedfertige Bürger kommt, Polizei und Justiz die unmittelbare Antwort der Gesellschaft an jene erteilen muß, die in grober Weise die Grundlagen des Zusammenlebens verletzen. Aber in diesem Falle darf Polizei und Justiz nicht die einzige Antwort sein. Die geschichtliche Erfahrung lehrt uns, daß solche Vorgänge den Anfang eines Weges markieren können, an dessen Ende die katastrophale Niederlage der Demokratie steht. Und da, wo die Demokratie in Gefahr ist, muß sich jeder von uns angesprochen fühlen. Daher halte ich für die einzig angemessene Lösung dieses Problems, daß sich alle verantwortlichen und relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen zusammensetzen, um gemeinsam herauszufinden, wie das Wuchern undemokratischer und antidemokratischer Erscheinungen im gesellschaftlichen Leben mittel- und langfristig zu verhindern wäre, mit welchen Maßnahmen zu erreichen ist, daß schon die Ansätze zu diesen Prozessen beseitigt werden.

Das Schlimmste an jedem Mord ist der Mord selbst - die Verachtung des Menschenlebens. Terrormörder verachten offensichtlich nicht nur das Leben ihrer Opfer, sie verachten auch die übrigen Menschen, die sie für so dumm halten, daß sie sich mit solchen schändlichen Taten identifizieren können. Einer solchen Einstellung muß die Gesellschaft aus Gründen der reinen Selbsterhaltung vorbeugen. Und in Zeiten gesellschaftlicher Umwälzungen gilt dies noch in weit höherem Maße als in geruhsamen Zeiten. Die Vereinigung wird die in sie gesetzten Hoffnungen nur erfüllen können, wenn heute jeder Einzelne beweist, daß er die Verantwortung übernehmen kann: die Verantwortung für sich, für die Gesellschaft und für die Zukunft. Auch das ist eine Lehre aus der schrecklichen Vergangenheit, deren Andenken zu bewahren wir gerade an Tagen wie dem Heutigen aufgerufen sind.

Ich weiß, es gehört viel Glaubenskraft und Optimismus dazu, in der Welt, wie sie heute aussieht - mit ihrer Intoleranz und ihrer Verbohrtheit, ihren sozialen und machtpolitischen Kämpfen, ihren neu aufgewachten kleinen und großen Nationalismen - eine Vision der besseren Zukunft zu entwickeln. Aber wenn je Völker und Menschen den Glauben daran verlieren würden, wäre es das Ende sinnerfüllter menschlicher Geschichte.

Möge dieser Glaube an Völkerverbundenheit und Solidarität, das Erbe aus dem Sterben der Millionen, der eigentliche Sinn dieser vergangenen schamvollen und brutalen Epoche sein. Geburt und Tod, Glück und Trauer sind allen Menschen gemeinsam. Es ist daher sinnvoll, daß wir uns heute in dieser bewegenden Stunde gemeinsamen Gedenkens jüdischer und nichtjüdischer Menschen, vorbeugen vor allen Toten, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde ihr Leben ließen, in der Hoffnung, daß uns und denen, die nach uns kommen, weitere Tage des Gedenkens an tragische Ereignisse erspart bleiben.

-/22.4.1991/rs/fÜ)
